



Aktueller Begriff

Vor 25 Jahren: Bundestag beschließt Bau des Denkmals für die ermordeten Juden Europas

Am 25. Juni 1999 beschloss der Deutsche Bundestag, in der historischen Mitte Berlins das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ zu errichten. In der Nähe zum Brandenburger Tor und zum Reichstagsgebäude sollte das zentrale Mahnmal der Bundesrepublik Deutschland zur Erinnerung und zum Gedenken an die sechs Millionen Opfer der Shoah entstehen.

Die Entscheidung erfolgte nach einer langen und intensiven Debatte, die sich über mehr als ein Jahrzehnt hinzog. Bereits 1988 hatte die Journalistin Lea Rosh zusammen mit dem Historiker Eberhard Jäckel eine Bürgerinitiative zur Errichtung eines zentralen Holocaust-Denkmals ins Leben gerufen. Die Initiative sammelte ca. 10.000 Unterschriften, gleichwohl gestaltete sich der Weg zur Umsetzung des Vorhabens in den folgenden Jahren schwierig. Heftige Debatten entspannen sich um Standort, Gestaltung und Intention eines solchen Denkmals. Außerdem wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht auch andere Opfergruppen des Nationalsozialismus berücksichtigt werden sollten. Ebenfalls intensiv diskutiert wurde darüber, ob ein solches Denkmal die tiefere Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte fördere oder sie eher verhindere.

1992 fand das Projekt die Unterstützung der Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl, die sich bereit erklärte, hierfür eine Teilfläche der ehemaligen Ministergärten zur Verfügung zu stellen. Bei einem im Frühjahr 1995 von der Berliner Senatsverwaltung ausgelobten künstlerischen Wettbewerb wurden 528 Arbeiten eingereicht, von denen die Entwürfe von Simon Ungers und einer Künstlergruppe um Christine Jackob-Marks jeweils mit einem ersten Preis ausgezeichnet wurden. Den von den Vertretern von Bund, Land und dem Förderkreis favorisierten Entwurf von Jakob-Marcks, der eine 100 mal 100 Meter große, dabei ansteigende Platte aus anthrazitfarbenem Beton vorsah, auf der die Namen von Millionen ermordeter europäischer Juden verzeichnet sein sollten, lehnte jedoch – neben anderen kritischen Stimmen – Helmut Kohl ab.

Neuen Schwung erhielt das Vorhaben, als 1997 nach erneuter Diskussion auf Expertenebene ein internationaler Wettbewerb zur Gestaltung des Denkmals stattfand, bei dem der Entwurf des New Yorker Architekten Peter Eisenman und des amerikanischen Künstlers Richard Serra ausgewählt wurde. Das Konzept sah ein Feld aus mehreren tausend Betonstelen vor, die wellenförmig auf einer Fläche von 19.000 Quadratmetern angeordnet werden sollten. Kritiker bemängelten die abstrakte Gestaltung und den hohen Kostenaufwand. Auch innerhalb der jüdischen Gemeinschaft gab es unterschiedliche Meinungen zum Entwurf und zur Notwendigkeit eines zentralen Denkmals. Auf Anregung Helmut Kohls legte Peter Eisenman im Sommer 1998 einen überarbeiteten, auf 2.711 Stelen verkleinerten Entwurf („Eisenman II“) vor, nachdem sich Richard Serra aus dem Projekt zurückgezogen hatte. Die im Oktober 1998 gewählte Koalitionsregierung aus SPD und

Bündnis 90/Die Grünen beschloss, das Parlament die Entscheidung über das künftige Denkmal treffen zu lassen.

Nach erneuter Überarbeitung des Entwurfs und mehreren Anhörungen kam es schließlich am 25. Juni 1999 zur entscheidenden Abstimmung ohne Fraktionszwang im Deutschen Bundestag. Mit deutlicher Mehrheit stimmten die Abgeordneten für den Bau des Denkmals nach dem Entwurf „Eisenman II“ am vorgesehenen Standort. Zudem sollte das abstrakte Mahnmal durch einen unterirdisch gelegenen Ort der Information über die zu ehrenden Opfer und die authentischen Stätten der Verfolgung und Vernichtung ergänzt und so in seiner Aussage konkretisiert und personalisiert werden. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hatte in der Debatte zuvor betont, das Mahnmal dürfe nicht „zu einer ins Abstrakte tendierenden Pathosformel werden, sondern muss zur emotionalen und intellektuellen Erinnerungsarbeit herausfordern.“ Alternative Vorschläge wie der Bau einer jüdischen Universität in Berlin oder die Widmung des Denkmals an alle Opfer der NS-Gewaltherrschaft fanden keine Zustimmung.

Im Folgejahr wurden mit Gesetz vom 17. März 2000 der Bau und die Unterhaltung des Denkmals der neu gegründeten „Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ übertragen. An der Spitze des Stiftungskuratoriums steht der Präsident/die Präsidentin des Deutschen Bundestages. Der Bau des Denkmals begann im April 2003 und konnte im Mai 2005 abgeschlossen werden. Am 10. Mai 2005, zwei Tage nach dem 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa, wurde das Denkmal feierlich eingeweiht. Zur Eröffnung sprachen Bundespräsident Horst Köhler, Bundeskanzler Gerhard Schröder und der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel.

Das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ wurde rasch zu einem von Interessierten aus aller Welt frequentierten Ort: Bereits 2009 konnte im Ort der Information der zweimillionste Besucher begrüßt werden. Als Mahnmal wie auch als Ort der Bildung und Reflexion erfährt das Denkmal bis heute internationale Aufmerksamkeit.

Der Beschluss zur Errichtung des Denkmals markiert einen Meilenstein in der Entwicklung der deutschen Erinnerungskultur, die mit Errichtung der Gedenkstätten für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen (2008) und die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma (2012) im Berliner Tiergarten sowie dem Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde in der Berliner Tiergartenstraße 4 (2014) ihre Fortsetzung gefunden hat. Alle diese Orte stehen für die Verpflichtung Deutschlands, sich auch künftig mit seiner Vergangenheit auseinanderzusetzen. Die erinnerungspolitische Debatte um weitere Vorhaben zur Würdigung der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft hält an.

Quellen:

Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, 48. Sitzung, Bonn, Freitag, den 25 Juni 1999, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags, Sten. Bericht, 14. WP, Plenarprotokoll 14/48, S. 4085-4146.

Deutscher Bundestag – Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Gesellschaftliche Diskussion und parlamentarisches Verfahren, Bonn 1999.

Hans-Georg Stavginski, Das Holocaust-Denkmal. Der Streit um das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ in Berlin (1988-1999), Paderborn u.a. 2002.

Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (Hrsg.), Bericht 2009 bis 2011, Berlin, o.D.

Stiftung Denkmal für die Ermordeten Juden Europas (Hrsg.), Holocaust. Der Ort der Information des Denkmals für die ermordeten Juden Europas, Berlin 2015.